Wien/Österreich
99. Jg
Heft 3/2021

Reformiertes Kirchenblatt

➤ „Wir lassen uns das nicht länger gefallen!“ Zur anti-Islam-Politik 4
➤ Jerusalemer-Erklärung zum Antisemitismus/Stellungnahme zur Islamkarte 5

Schöpfungsverantwortung ganz konkret

Den Einsatz für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung haben sich christliche Kirchen seit Jahrzehnten auf die Fahnen geschrieben. Schöpfungsverantwortung und Schöpfungsgerechtigkeit sind brennende Themen in einer Zeit, in der unser Planet immer stärker vom Klimawandel mit allen verheerenden Konsequenzen für Mensch und Umwelt bedroht wird. Wir müssen jetzt handeln. Den Evangelischen Kirchen in Österreich ist die Dringlichkeit bewusst. Die Evangelische Kirche A.u.H.B. ist dabei, ein Klimaschutzkonzept zu entwickeln. Dafür wurde ein Projektteam eingesetzt. Die Arbeit des Projektteams geschieht dabei in Abstimmung mit den Evangelischen Umweltbeauftragten, den einzelnen Gemeinden und der Kommission für Weltmission und globale Verantwortung und zielt darauf ab, sich als Kirche auf einen Weg der CO_2-Reduktion zu begeben.

Eine Broschüre mit einer Handlungsanleitung ist schon erschienen: „Praxisheft Chanc/ge. Auf dem Weg zur zukunftsfähigen Pfarrgemeinde. Einladung zu einer Weggemeinschaft im Glauben.“ Es enthält die Themen, die für unsere Lebensgestaltung relevant sind: Energie, Ernährung, Konsum und Mobilität.

https://www.flickr.com/photos/193030246@N04/51203804782/

Mit eFriends ist derStrom nicht nur klimafreundlich, sondern auch gemeinschaftlich

Ein konkretes Thema ist der Stromverbrauch.

Der Strom kommt bekanntlich aus der Steckdose. Und trotzdem ist es nicht egal, woher wir ihn beziehen. Seit der Liberalisierung des Strommarktes tummeln sich zahlreiche Anbieter auf dem Markt, dass man leicht den Überblick verliert. Und einer versucht den anderen preislich noch zu unterbieten. Schon bisher haben einige Pfarrgemeinden auf Naturstrom gesetzt. Aber jetzt tun sich ganz neue Möglichkeiten auf. Als innovatives Projekt sollen Pfarrgemeinden selbst nicht nur einen ökologisch verträglichen Stromanbieter suchen, sondern auch selbst die Nutzung regulieren und entscheiden können, aus welchen Quellen sie den Strom beziehen.

Für dieses Unterfangen hat die Evangelische Kirche A.u.H.B. einen Vertrag zu günstigen Konditionen mit der Firma eFriends geschlossen. Die erste evangelische Pfarrgemeinde, die zu e-Friend gewechselt ist, ist die Evangelisch-reformierte Pfarrgemeinde Wien-West.

Auch Sie können einen Beitrag zur Energiewende leisten, indem Sie…

Mit dem Wechsel zu eFriends ist der Strom nicht nur klimafreundlich, sondern auch gemeinschaftlich. Wir können unseren eigenen Strommix zusammenstellen und so Strom direkt z.B. von unseren Gemeindemitglie-

INHALTSVERZEICHNIS Seite

INHALT SIEHE OBEN UND:

20 Jahre Charta Oecumenica 3
25 Jahre muslimische Jugendliche für Österreich 7
Respektvoll Reden 8
Synode und Generalssynode 9
Nachruf auf Edith Gyenge 10
Rezensionen 11
Andacht: Thomas Hennefeld 12

dern beziehen. Dies ist besonders für Gemeinden interessant, die selbst aufgrund der Denkmalschutzauflagen keine eigenen PV-Anlagen installieren können. Zudem wollen wir damit Bewusstsein schaffen, sparsam und gezielt mit unserer Energie umzugehen und damit auch andere mit dieser Idee anstecken.

Und wie funktioniert das System eFriends?

Im besten Fall bezieht ein eFriend (Mitglied in der Community) Strom von einem oder mehreren anderen eFriends (mit PV-Anlagen). Der Rest auf 100% (z.B. in Spitzenzeiten) wird von der eFriends GmbH aus erneuerbaren Energiequellen aufgefüllt. Ein eFriend bietet seinen Strom zu einem bestimmten Preis an. Jeder eFriend kann eFriends auch wechseln. Das alles läuft über eine App auf dem PC oder einem anderen elektronischen Gerät.
Mit Hilfe einer sog. eFriends Watch kann man sehen, wieviel Strom und aus welcher Quelle man den Strom verbraucht.
Im besten Fall können also Pfarrgemeinden oder Mitglieder gegenseitig voneinander sauberen Strom zu günstigen Preisen beziehen und so zu einer Energiegemeinschaft werden. Eine wahre win-win Situation.

HUBERTUS HECHT
Mitglied des Projektteams und
Kurator der Pfarrgemeinde Wien-West

Website eFriends:
https://www.efriends.at

eFriend werden

20 Jahre Charta Oecumenica

Vor 20 Jahren wurde die sogenannte Charta Oecumenica in Straßburg feierlich unterzeichnet. Alle Mitgliedskirchen des ÖRKÖ haben sie ebenfalls unterschrieben. Die Charta wurde zur Leitlinie für viele Kirchen Europas.

Blick zurück in die Geschichte

Die Charta wurde in einer bestimmten politischen und gesellschaftlichen Situation initiiert und auch beschlossen. Nach zwei Weltkriegen mit Millionen von Toten war die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts vom Kalten Krieg geprägt. Die Kirchen setzten alles daran, sich für den Frieden in Europa einzusetzen.
Mitten in den dramatischen Umbrüchen in Europa fand die Erste Europäische Ökumenische Versammlung 1989 in Basel statt. Es herrschte Aufbruchsstimmung und Euphorie. Diese Versammlung wurde veranstaltet von den großen konfessionellen europäischen Gemeinschaften, der Konferenz Europäischer Kirchen und dem Rat der Europäischen Bischofskonferenzen* mit der Hoffnung, ein neues vereintes und versöhntes Europa aufzubauen. Aber anstatt wirtschaftlich einen neuen dritten Weg, jenseits von Kapitalismus und Kommunismus zu beschreiten, setzte sich das westliche System durch, und politisch wurde es bald wieder dunkel. Das Pulverfass Jugoslawien explodierte. Es kam zum furchtbarsten und opferreichsten Krieg seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs mitten in Europa mit Massenmorden und Flüchtlingsströmen. Die Zweite Europäische Ökumenische Versammlung in Graz 1997 stand dann ganz im Zeichen der Versöhnung. Eine Frucht dieser Versammlung war die Charta Oecumenica. Seit der Veröffentlichung dieser Charta sind 20 Jahre vergangen, und Europa hat sich gewaltig verändert.

*Zur Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) gehören die meisten orthodoxen, reformatorischen, anglikanischen, freikirchlichen und altkatholischen Kirchen in Europa. Im Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) sind die römisch-katholischen Bischofskonferenzen in Europa zusammengeschlossen.

Veränderungen

2001 rasten zwei Flugzeuge in die Twin Towers in New York. Dieser unfassbare Anschlag auf das World Trade Center erschütterte die Welt und auch Europa. Eine Folge davon war eine zunehmende Islamfeindlichkeit und damit eine Polarisierung der Gesellschaften Europas. Die ehemaligen Ostblockstaaten näherten sich der Europäischen Union an. Einerseits wuchs Europa stärker zusammen, andererseits nahmen auch die Zentrifugalkräfte zu. Anstatt Europa als demokratisches Vorzeigeprojekt weiterzuentwickeln, kamen Politiker an die Schalthebel der Macht, die demokratische Strukturen aushöhlten, die Pressefreiheit zurückdrängten und Medien an die Kandare nahmen. In Europa sind autoritär agierende Politiker auf dem Vormarsch. Die Flüchtlingsströme 2015 haben nicht nur Regierungen an die Macht gespült, die sich für eine Festung Europa stark machten, auch in Österreich, sondern sie führten auch in den Kirchen Europas zu einem neuen Auseinanderdriften. Unter diesen stark veränderten Rahmenbedingungen ist dieses 2001 beschlossene Dokument zu lesen. Was ist noch aktuell? Was sollte besonders in den Vordergrund gestellt werden? Wo könnte die Charta heute neue Kraft gewinnen?

Orientierungshilfe auch heute

Die Charta Oecumenica will Orientierung geben und Leitlinien ziehen für die wachsende Zusammenarbeit der Kirchen in Europa. Was 2001 in Bezug auf Europa festgestellt wurde, ist auch heute gültig und wichtig. Europa ist mehr als die Europäische Union. Der europäische Kontinent reicht vom Atlantik bis zum Ural und vom Nordkap bis zum Mittelmeer. Die Charta erhebt den Anspruch, mit dem Evangelium für die Würde der menschlichen Person als Gottes Ebenbild einzutreten und als Kirchen gemeinsam

dazu beizutragen, Völker und Kulturen miteinander zu versöhnen.
Die Charta definiert gemeinsame Aufgaben und versteht sich als Selbstverpflichtung der Kirchen zu Zusammenarbeit und Dialog:
Die wichtigste Aufgabe der Kirchen in Europa ist es, gemeinsam das Evangelium durch Wort und Tat für das Heil aller Menschen zu verkündigen. (II.2)

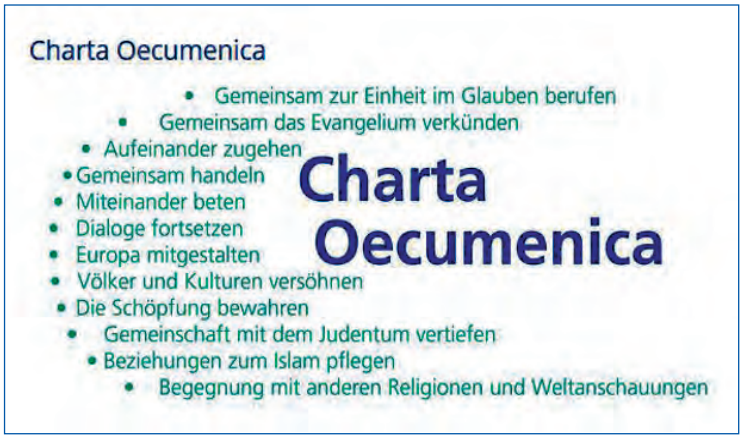
Dies geschieht durch Selbstreflektion, im Handeln und im Gebet.

Bleibende Aussagen und Aufgaben

Was sind nun jene Aussagen, an denen wir uns auch 20 Jahre später unbedingt orientieren sollten, die in den Selbstverpflichtungen zum Ausdruck kommen?
Die gegenseitige Anerkennung der Taufe und vor allem die eucharistische Mahlgemeinschaft ist zwischen den Kirchen Europas noch nicht zur Gänze verwirklicht. Daran gilt es weiterzuarbeiten.
Eine Selbstverpflichtung, an die erinnert werden soll, betrifft den öffentlichen Auftrag. In der Charta verpflichten sich die Kirchen, *gemeinsam als Volk Gottes das Evangelium in die gesellschaftliche Öffentlichkeit hinein zu vermitteln, wie auch durch sozialen Einsatz und die Wahrnehmung von politischer Verantwortung zur Geltung zu bringen. (II.2.)*
Eine andere Selbstverpflichtung betrifft Fragen des Glaubens und der Ethik. *Dort, wo aufgrund unterschiedlicher oder gar entgegengesetzter Positionen eine Spaltung droht, soll das Gespräch gesucht und diese Fragen im Licht des Evangeliums erörtert werden. (II.6)*

Menschenrechte und Grundwerte

20 Jahre später ist der Vorsatz, aufgrund des gemeinsamen christlichen Glaubens sich für ein soziales und humanes Europa einzusetzen leider noch genauso aktuell wie damals. Und die Herausforderungen auf diesen Gebieten sind eher größer als kleiner geworden. Menschenrechte und Grundwerte werden in manchen Staaten Europas mit Füßen getreten und in anderen stehen sie nicht gerade oben auf der Tagesordnung. Der Beitrag der Kirchen zu einer Verbesserung demokratischer Standards nimmt sich eher bescheiden aus.
Damals wurde auch festgehalten, dass es nicht zu neuen Gräben und sozialen Klüften kommen dürfte, weder zwischen West und Ost noch zwischen Nord und Süd. In Osteuropa erleben wir teilweise eine Wiederkehr autoritärer Regime, diesmal aber nicht in Verbindung mit dem Kommunismus, sondern kapitalistisch und neoliberal ausgerichtet. Und in ganz Europa sind nationalistische und fremdenfeindliche Bewegungen auf dem Vormarsch.



Die Charta rief dazu auf, *Eurozentrismus zu vermeiden und die Verantwortung Europas für die ganze Menschheit zu stärken, besonders für die Armen in der ganzen Welt. (III.7)*
Auch dabei sieht die Bilanz der Kirchen eher düster aus, wie auch bei der Verteidigung der Grundwerte. Die UnterzeichnerInnen der Charta sind dafür eingetreten, *die Grundwerte gegenüber allen Eingriffen zu verteidigen und jedem Versuch zu widerstehen, Religion und Kirche für ethnische oder nationalistische Zwecke zu missbrauchen. (III.7.)*
Bezüglich der Selbstverpflichtung im Umgang mit Flüchtlingen und MigrantInnen war der Einfluss der Kirchen marginal. Die Charta hält eindeutig fest: *Gemeinsam wollen wir dazu beitragen, dass Migranten und Migrantinnen, Flüchtlinge und Asylsuchende in Europa menschenwürdig aufgenommen werden. (III.8.)*

Heute erleben wir, dass Teile der Kirchen Europas zu einer flüchtlings-, und fremdenfeindlichen Politik nicht nur schweigen, sondern diese auch aktiv mittragen und unterstützen. Das ist ein besonderes Armutszeugnis.

Klima

Anders verhält es sich mit den Herausforderungen durch den Klimawandel. Da ist allgemein das Bewusstsein gewachsen, dass es dringenden Handlungsbedarf gibt.
Die Kirchen haben sich damals verpflichtet, einen Lebensstil weiterzuentwickeln, *bei dem wir gegen die Herrschaft von ökonomischen Zwängen und von Konsumzwängen auf verantwortbare und nachhaltige Lebensqualität Wert legen. (III.9.)*

Das sind nur einige Punkte, die die Charta enthält. Es ist gut und wichtig, sich die Leitlinien und Selbstverpflichtungen wieder in Erinnerung zu rufen und die Selbstverpflichtungen ernst zu nehmen. Bei allen diesen Leitlinien geht es darum, achtsam, verantwortungsvoll und gerecht mit den Mitmenschen und der uns anvertrauten Schöpfung umzugehen mit einem besonderen Augenmerk auf die Schwachen, Schutzbefohlenen und die Minderheiten in unseren Gesellschaften.

THOMAS HENNEFELD

Charta Oecumenica:
www.oekumene.at/dokumente

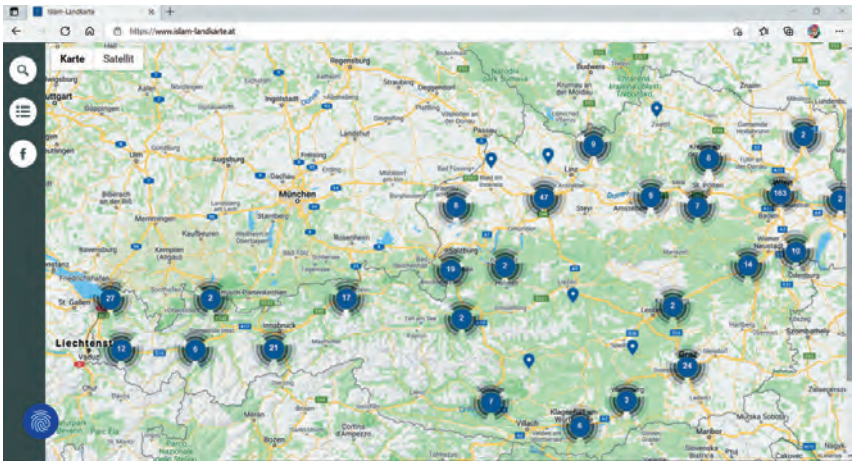
„Wir lassen uns das nicht länger gefallen!“

Übergriffe auf Gebetsräume, Warntafeln vor religiösen Einrichtungen und Stigmatisierung glaubender Menschen – die „Islamlandkarte“ macht wütend, ratlos und beschämt.

Hagar Abouwarda, Pressesprecherin der Muslimischen Jugend (MJÖ), beurteilt die religionspolitische Lage sehr kritisch. Im Gespräch mit Bernhard Lauxmann bedankt sie sich für die Solidarität von Christen und Christinnen.

Die Präsentation der „Islamlandkarte“ im Mai dieses Jahres und ihre Folgen haben eine Welle der Entrüstung ausgelöst und scharfe Kritik an der österreichischen Religionspolitik provoziert. Die Skepsis der Regierenden gegenüber Religion – v.a. gegenüber dem Islam – hat ein unerträgliches Ausmaß erreicht. Die Aktion der Regierung lässt zweifeln an der weltanschaulichen Neutralität des Staates, am Kooperationsmodell zwischen Staat und Religionsgemeinschaften sowie an der Ernsthaftigkeit, den Islam als Teil österreichischer Religionskultur anzuerkennen. Die demokratiegefährdenden Dynamiken einer anti-muslimischen Religionspolitik werden von vielen Menschen nicht (mehr) erkannt oder – schlimmer noch – offen befürwortet. Wer sich wie Bischof Michael Chalupka, Landessuperintendent Thomas Hennefeld, Oberrabinner Pinchas Goldschmidt, Vorsitzender der Europäischen Rabbinerkonferenz, Europaratsprecher Daniel Holtgen oder Integrationssprecherin Faika El-Nagashi heute mit Muslimen und Musliminnen solidarisiert und die krude Religionspolitik kritisiert, wird als Schönrednerin, Gutmensch oder Besserwisser diskreditiert.

Fest steht: Während es lange Zeit als Zivilisationserfolg galt, dass der Staat nicht mehr über religiöse Wahrheiten befindet (das hatte zu Religionskriegen geführt), werden heute durch Regierungsorgane erneut religiöse Haltungsnoten verteilt. Man entscheidet wieder über gute und schlechte Religion und markiert diese entsprechend. Die Beobachtung, Listung und Kontrolle muslimischer Einrichtungen durch den Staat im Auftrag einer religionspolizeilich agierenden Regierung mithilfe neuer Einrichtungen wie der Dokumentationsstelle „Politischer Islam“ ist konsequent, aber religionspolitisch falsch. Zudem ist das Vorgehen religionsrechtlich brisant: Gleicht die Beobachtung islamischer Einrichtungen durch die Dokumentationsstelle dem Blick der Bundessektenstelle, so wäre dies rechtlich unzulässig. Das Aktivwerden der Bundessektenstelle gegen anerkannte Religionsgemeinschaften hat der Gesetzgeber untersagt. „Wir lassen uns das nicht länger gefallen!“, sagt Präsident Ümit Vural.



Ausweiten des „antimuslimischen Spielraums“

Um islamfeindliche Wähler und Wählerinnen zu mobilisieren, sind die Regierenden sehr kreativ geworden: Man etablierte mit der mantraartig wiederholten Rede vom „Politischen Islam“ ein bedrohliches Wording. Man deutete Religionsfragen konsequent in Integrationsfragen um. Man verschärfte das Islamgesetz ohne Beteiligung der Betroffenen. Man schuf Einrichtungen wie die Dokumentationsstelle. Dadurch erhöhte sich der anti-muslimische Spielraum. Der bis Ende Juni vorläufig letzte Schritt war die Veröffentlichung einschlägiger (auch ungeprüfter, auf Verdacht basierender und privater) Daten über muslimische Einrichtungen unter dem Vorzeichen der eingeübten Rede vom „Politischen Islam“. Auch nach Bekanntwerden zahlreicher Übergriffe halten die Verant-

wortlichen am religionspolitischen Kurs unbeirrt fest. Die perfide Policy hinter der „Islamlandkarte“ wird fortgeführt – nicht obwohl, sondern weil sie zu Lasten von Muslimen und Musliminnen geht.

Der Wind gegenüber Religionen weht rau

– für Muslime und Musliminnen stürmisch, längst nicht mehr ungefährlich. Solidarität, auch unsererseits, ist dringend nötig. Jetzt ist die Zeit, um muslimischen Nachbarn Mut zuzusprechen. Jetzt ist die Zeit für Gespräche über das religiöse Klima in diesem Land. Jetzt ist die Zeit, um Menschen, die sich in muslimischen Organisationen engagieren, zu unterstützen. Wer sich solidarisch zeigt, wird rasch erfahren, wie groß die durch eine Politik der konstanten Verdächtigung ausgelösten Verletzungen bereits sind. Die Spuren einer Religionspolitik des Auseinanderdividierens sind unverkennbar. Narben bluten wieder. Solidarität ist ein erster Schritt, Widerstand der nächste.

BERNHARD LAUXMANN
Institut für Praktische Theologie und Religionspsychologie, Universität Wien

Mag. Dr. Bernhard Lauxmann (*1989) ist evang. Theologe und stv. Vorstand des Instituts für Praktische Theologie und Religionspsychologie an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Uni Wien. Seit 2018 forscht er zu zeitgenössischen Glaubenskulturen und der Singularisierung des Christseins. 2020 wurde er in die Redaktion der Zeitschrift „Amt und Gemeinde“ berufen.

Jerusalemer-Erklärung zum Antisemitismus

Ein Beitrag zu einer kontroversen Debatte

In zahlreichen Stellungnahmen, Erklärungen und kirchlichen Dokumenten wird dem Antisemitismus der Kampf angesagt, und das ist gut so. Antisemitismus, Judenfeindlichkeit oder Judenhass ist ein Gift für die Gesellschaft. Kirchen sind hier ganz besonders gefordert, da sie über Jahrhunderte christlichen Antisemitismus predigten und damit gegen Jüdinnen und Juden hetzten, Pogrome selbst veranstalteten oder daran Mitschuld trugen. Aber auch heute ist der Antisemitismus nicht ausgerottet, im Gegenteil. Die Coronapandemie hat ihn mit kruden Verschwörungstheorien noch befeuert und verstärkt. Auch die Charta Oecumenica äußerte sich zum Thema Antisemitismus, wenn es heißt: *Wir beklagen und verurteilen alle Manifestationen des Antisemitismus, wie Hassausbrüche und Verfolgungen. Für den christlichen Antijudaismus bitten wir Gott um Vergebung und unsere jüdischen Geschwister um Versöhnung. (III.10.)*
Und die Kirchen verpflichteten sich, allen Formen von **Fortsetzung Seite 6**

Stellungnahme zur Veröffentlichung der Islamkarte

Ich bin entsetzt über die Veröffentlichung einer Islamkarte, auf der Moscheen und andere muslimische Einrichtungen inklusive Adressen, teilweise auch Privatadressen, auf Knopfdruck zu finden sind. In einem islamophoben gesellschaftlichen Klima des Verdachts, der Feindseligkeit und des Hasses empfinde ich so eine Veröffentlichung als in höchstem Maße fahrlässig und extrem verantwortungslos. Ich sehe in der von Betreibern und Befürwortern gelobten Transparenz eine Einladung an Islamhasser zu Angriffen auf muslimische Einrichtungen. Außerdem ist dieser Akt auch ein Eingriff in die Religionsfreiheit einer staatlichen anerkannten Religionsgemeinschaft, der der Staat Schutz zu gewähren hat, anstatt die Mitglieder zu gefährden. Mit der Veröffentlichung aller Einrichtungen geschieht genau das, was abgestritten wird, nämlich alle Muslime in Österreich als potenzielle Bedrohung für die Gesellschaft zu stigmatisieren. Ich fordere daher die Integrationsministerin, Susanne Raab, dazu auf, dafür zu sorgen, dass diese Karte so rasch wie möglich der Öffentlichkeit entzogen wird, und sie nur den Behörden und Personen dient, die für unsere Sicherheit zuständig und verantwortlich sind.

Landessuperintendent
THOMAS HENNEFELD
vom 31.5.2021

Antisemitismus und Antijudaismus entgegenzutreten.

Die IHRA-Definition

Im Jahr 2016 legte die „International Holocaust Remembrance Alliance“ (IHRA) eine Arbeitsdefinition von Antisemitismus vor. Diese Definition ist seit ihrer Veröffentlichung nicht unumstritten, da sie einen Schwerpunkt auf Antisemitismus in Bezug auf den Staat Israel und seine Politik setzt. Der enthält die sogenannten „3Ds“: Delegitimierung, Dämonisierung und Doppelte Standards. Gemeint ist damit: Infragestellung der staatlichen Existenz Israels wäre Delegitimierung, massive, einseitige Kritik wäre Dämonisierung und Kritik an Israel und nicht an anderen Staaten wären doppelte Standards. Kritiker dieser Definition haben darauf hingewiesen, dass mit den „3Ds“ letztlich jede Kritik an Israel, an der Politik und am Zionismus, aber auch die Unterstützung palästinensischer Anliegen als antisemitisch gewertet werden kann.

Diese Definition soll dabei helfen zu unterscheiden, wo der Antisemitismusvorwurf für andere Zwecke instrumentalisiert wird, und wo er berechtigt ist.

Darauf reagierte im vergangenen März die sogenannte Jerusalemer-Erklärung mit einer anderen Definition. Die „Jerusalemer-Erklärung zum Antisemitismus“ ist das Ergebnis einer Initiative, die ihren Ursprung in Jerusalem hat. Zu den Unterzeichnenden zählen internationale WissenschaftlerInnen, die in der Antisemitismusforschung und in verwandten Bereichen arbeiten, darunter Jüdische Studien, Holocaust-, Israel-, Palästina- sowie Nahoststudien. Auch der Direktor des Jüdischen Museums Hohenems, Hanno Loewy, hat die Erklärung unterschrieben.

Die Unterzeichnenden wollen mit der Erklärung den Kampf gegen Antisemitismus stärken, indem sie definieren, was Antisemitismus ist, und wie er sich manifestiert.

Die Jerusalemer-Erklärung

Die Jerusalemer-Erklärung enthält 15 Richtlinien. Sie beschreibt im ersten Teil allgemein, was antisemitisch ist. Im zweiten Teil geht sie auf die Situation in Israel/Palästina ein und nennt Beispiele, die per se antisemitisch sind. Dazu gehören: Jüdinnen kollektiv für das Verhalten Israels verantwortlich zu machen oder sie, bloß weil sie jüdisch sind, als Agentinnen Israels zu behandeln, sowie JüdInnen im Staat Israel das Recht abzusprechen, kollektiv und individuell gemäß dem Gleichheitsgrundsatz zu leben.

Nicht per se antisemitisch

Dann werden aber auch Punkte genannt, die nicht per se als antisemitisch betrachtet werden:

Zum Beispiel: Unterstützung der palästinensischen Forderungen nach Gerechtigkeit und der vollen Gewährung ihrer politischen, nationalen, bürgerlichen und menschlichen Rechte, wie sie im Völkerrecht verankert sind.

Kritik oder Ablehnung des Zionismus als eine Form von Nationalismus

Es ist nicht per se antisemitisch, auf systematische rassistische Diskriminierung hinzuweisen. Im Allgemeinen gelten im Falle Israels und Palästinas dieselben Diskussionsnormen, die auch für andere Staaten und andere Konflikte um nationale Selbstbestimmung gelten. Daher ist der, wenngleich umstrittene, Vergleich Israels mit historischen Beispielen einschließlich Siedler-kolonialismus oder Apartheid nicht per se antisemitisch.

Boykott, Desinvestition und Sanktionen sind gängige, gewaltfreie Formen des politischen Protests gegen Staaten. Im Falle Israels sind sie nicht per se antisemitisch.

Beitrag zur Reflexion

Diese Definition erhebt keinen Alleingültigkeitsanspruch. Sie möchte vielmehr dazu anregen, das eigene Verständnis von Antisemitismus zu reflektieren und zu schärfen. Sie soll dabei helfen zu unterscheiden, wo der Antisemitismusvorwurf für andere Zwecke instrumentalisiert wird, und wo er berechtigt ist. Diese alternative Definition ist hilfreich für christliche Kirchen und Organisationen, die sich für einen gerechten Frieden zwischen Israelis und Palästinensern einsetzen und partnerschaftlich mit christlichen Kirchen in der Region verbunden sind. Sie alle werden gelegentlich mit dem Antisemitismusvorwurf konfrontiert.

Die Jerusalemer-Erklärung will dazu beitragen, einen Raum für eine offene und respektvolle Diskussion schwieriger Themen zu schaffen, einschließlich der umstrittenen Frage der politischen Zukunft für alle BewohnerInnen Israels und Palästinas.

THOMAS HENNEFELD

Definition von Antisemitismus:
Antisemitismus meint Diskriminierung, Vorurteil, Feindseligkeit oder Gewalt gegen Jüdinnen und Juden als Jüdinnen und Juden (oder jüdische Einrichtungen als jüdische)

Kritik an der „IHRA-Definition“
Sie ist weder klar noch kohärent. Was auch immer die Absichten ihrer Befürworter sein mögen, sie verwischt den Unterschied zwischen antisemitischer Rede und legitimer Kritik am Staat Israel und am Zionismus. Dies führt zu Irritationen und delegitimiert gleichzeitig die Stimmen von PalästinenserInnen und anderen, einschließlich JüdInnen, die sehr kritische An-sichten über Israel und den Zionismus haben. Nichts davon trägt zur Bekämpfung von Antisemitismus bei.

IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus | Drupal (holocaustremembrance.com)

Jerusalemer-Erklärung
JDA-deutsch-final.ok_.pdf
(jerusalemdeclaration.org)

25 Jahre muslimische Jugendliche für Österreich

Solidarisch in eine gemeinsame Zukunft

2021 blickt die Muslimische Jugend Österreich auf ein Vierteljahrhundert Jugendarbeit, Aktivismus und Miteinander zurück. Die vergangenen Monate haben die Menschen weltweit und auch unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen gestellt. Durch die Pandemie sind gesellschaftliche Missstände ans Tageslicht getreten, und ohnehin benachteiligte Bevölkerungsgruppen hatten unter einer Mehrfachbelastung zu leiden. Neben diesen besorgniserregenden Entwicklungen sind wir auch tagtäglich einem politischen Klima ausgesetzt, das Menschen ausgrenzt, sie unter Generalverdacht stellt und die Gesellschaft spaltet. Mit den Änderungen im Islamgesetz gingen starke Einbußen in der Religions- und Vereinsfreiheit einher. Auch das Anti-Terror-Paket wurde von zahlreichen JuristInnen und MenschenrechtsaktivistInnen kritisiert. Amnesty International warnte vor der „unverhältnismäßigen Einschränkung" der Menschenrechte und der „Gefahr des Missbrauchs" hinsichtlich Meinungs-, Religions- und Versammlungsfreiheit. Als Spitze des Eisbergs wurde die „Islamlandkarte" mit Informationen von über 600 muslimischen Vereinen von der Dokumentationsstelle Politischer Islam präsentiert. Durch den Kontext, in dem die Landkarte präsentiert wurde, sind die Vereine und Personen, die sich darauf befinden, einem enormen Sicherheitsrisiko ausgesetzt.

Konstruierte Grenzen

Wir sehen unsere Grundrechte in Gefahr und erachten in der jetzigen Situation die Prinzipien und Werte, die uns die vergangenen 25 Jahre in unserer Jugendarbeit begleitet haben, wichtiger denn je. Ein friedliches Zusammenleben und eine gemeinsame Zukunft können uns nur gelingen, wenn wir Solidarität leben und Brücken bauen. Unsere Hoffnung richtet sich deshalb auf die Zivilgesellschaft und die Kraft, die zivilgesellschaftliches Engagement aufbringen kann. Die Grenzen, die in den Köpfen der Menschen konstruiert werden, sind nicht Grenzen, die Religiöse und Nichtreligiöse trennen, oder ChristInnen und MuslimInnen. Es sind Grenzen zwischen Menschen, die inklusiv, füreinander und miteinander denken und jenen, die exklusiv und ausgrenzend denken. Eine Gesellschaft der Zukunft ist eine Gesellschaft, die allen Mitgliedern einen Platz gibt, die Menschen mit ihren Potenzialen anerkennt und wertschätzt.

Interreligiöser Dialog

Bereits in den vergangenen Jahren setzen wir auf Austausch und gegenseitige Unterstützung auf allen Ebenen. Doch ganz besonders stolz sind wir auf den interreligiösen Dialog, vor allem mit Jugendorganisationen. Als junge Menschen, wollen wir das Land mitgestalten, wollen uns einbringen und gemeinsam für eine gerechte Gesellschaft einstehen. Als religiöse Jugendvereine, haben wir mit der Evangelischen und Katholischen Jugend und den Jüdischen österreichischen HochschülerInnen zahlreiche Gemeinsamkeiten, auf denen wir unsere Beziehungen und unseren gemeinsamen Aktivismus aufbauen konnten. Gemeinsame Workshops, Seminare und Reisen boten in den letzten Jahren die Möglichkeit einen Dialog auf Augenhöhe zu führen, voneinander und miteinander zu lernen und tiefe Freundschaften aufzubauen. Neben dem interreligiösen Dialog unterstützen wir uns auch in unterschiedlichsten Belangen, wie den karitativen Projekten „Fasten-Teilen-Helfen" und „72 h ohne Kompromiss". 2018 startete die MJÖ den Schwerpunkt „MuslimInnen gegen Antisemitismus" und widmete sich zwei Jahre lang der Antisemitismusprävention in Kooperation mit Vereinen, ExpertInnen und ZeitzeugInnen. Als 2019 Portraits von Holocaustüberlebenden zerstört wurden, rief die MJÖ gemeinsam mit anderen Organisationen zu Nachtwa-

Als junge Menschen, wollen wir das Land mitgestalten, uns einbringen und gemeinsam für eine gerechte Gesellschaft einstehen.

MUSLIMISCHE JUGEND ÖSTERREICH

cheaktionen auf. Wir haben das gemeinsame Ziel dort anzupacken, wo Unterstützung benötigt wird oder wo Ungerechtigkeit besteht, und in dieser Hinsicht stehen wir Seite an Seite für unsere Bestrebungen.

Mit gereichten Händen in die Zukunft

Die Wichtigkeit, die Muslimische Jugend Österreich vor über 25 Jahren zu gründen, lag an der Tatsache, dass es keine geeignete Infrastruktur für deutschsprachige muslimische Jugendliche gab. Damals wie heute sahen wir uns als ÖsterreicherInnen und MuslimInnen, als Menschen, die für unsere Gesellschaft verantwortlich sind und sie mitgestalten wollen. Wir sind hier, wir sind die Zukunft Österreichs und wir strecken unsere Hände aus, all jenen, die sich ebenfalls für eine gerechte und inklusive Gesellschaft einsetzen.

Wir sind da, wenn Österreich von Umweltkatastrophen getroffen wird, wir sind da, wenn die Pandemie jene Menschen am stärksten trifft, die am Rande der Gesellschaft stehen, wir sind da, wenn RassistInnen antisemitische Aktionen durchführen und zeigen uns mit den Betroffenen solidarisch. Durch die Unterstützung, die wir geboten haben, indem wir nach Unwettern Schlamm buddelten oder Zeit in PensionistInnenheimen verbrachten, konnten wir nicht nur den Menschen eine Freude machen, sondern trugen dazu bei, Vorurteile abzubauen und Platz für Dialog zu schaffen.

MJÖ

Die Muslimische Jugend Österreich (MJÖ) ist eine Organisation von jungen Musliminnen und Muslimen, die fernab von jeglichem Extremismus im gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Diskurs die österreichisch-islamische Stimme fördern möchte.

RESPEKTVOLL REDEN

Leitfaden für würde-achtende Sprache in sozialen Fragen

Sprache ist nicht neutral. Sprache kann abwerten, diskriminieren, sozial degradieren und Vorurteile verfestigen. Genauso kann Sprache aber auch Wertschätzung zum Ausdruck bringen, sozial anerkennen, negative Wahrnehmung verändern und neue Sichtweisen eröffnen.

Dieser Leitfaden geht der Frage nach, wie wir über soziale Themen und die Menschen, die davon betroffen sind, so sprechen, dass wir keine Generalisierung vornehmen und Klischees sowie Ausdrücke, die abwertend sind oder als diskriminierend empfunden werden können, vermeiden und Begriffe verwenden, die von ExpertInnen und von Betroffenen selbst als respektvoll betrachtet werden.

Themen: Armut, Familien in sozialen Krisen, Flucht/Asyl, Inklusion, Pflege/Betreuung im Alter, Ethische Fragen am Lebensende, Internationale Arbeit.

Abrufbar auf der Website der Diakonie **www.diakonie.at**

Bitte vermeiden!

Die Armen	Menschen sind mehr als „arm", Armut verweist lediglich auf eine ihrer Lebensbedingungen – das niedrige Einkommen.
Sozial schwach Kinder aus sozial schwachen Familien	Von Armut betroffene Menschen sind nicht sozial schwach, sondern im Gegenteil oft sozial stark, vernetzt und ehrenamtlich engagiert. Der Begriff „sozial schwach" suggeriert, dass Armutsbetroffene keine sozialen Kompetenzen haben.
Sozialschmarotzer, soziale Hängematte	Begriffe wie diese diskriminieren Armutsbetroffene. Sie wurden erfunden, um eine populistische Neiddebatte anzuheizen und gegen Betroffene Stimmung zu machen.

Bitte verwenden!

Von Armut betroffen	Mit diesem Ausdruck wird klargestellt, dass „arm" sein keine Wesenseigenschaft ist und kein selbstgewählter Zustand.
Menschen mit Armutserfahrung	Der Begriff Armutserfahrung drückt aus, dass Menschen, die Armut erfahren, durchaus auch ExpertInnen ihrer Situation sind.
Menschen mit geringem Einkommen Menschen mit einem Einkommen unter der Armutsgrenze Kinder aus einkommensarmen Haushalten/Familien	Diese Ausdrücke bezeichnen einen spezifischen Aspekt von Armut: den der Einkommensarmut.
Ökonomisch benachteiligt	Der Begriff weist darauf hin, dass Armut mit Benachteiligungen verbunden und strukturell bedingt ist.

Synode und Generalssynode – Rückblick und Vorschau

Synode als Zoom-Meeting

Die Corona-Pandemie hat auch unserer Synode einen Strich durch die Rechnung gemacht. Unsere Synode hätte Anfang Juni in Dornbirn stattfinden sollen. Einen Monat zuvor wurde auf Bitte mehrerer Synodaler die Synodensitzung abgesagt. Die Pandemielage war zum Zeitpunkt der Entscheidung noch ziemlich unsicher. Stattdessen berieten die Synodalen wie schon im vergangenen Herbst die wichtigsten Tagesordnungspunkte in einer Video-Zoom-Sitzung. Schwerpunkt dabei war die administrative Integration der beiden evangelischen Kirchen A.B. und H.B. in die Kirche A.u.H.B. Für die Gemeinden war dabei wichtig, dass die Gemeindeautonomie und auch die Kirchenbeitragsregelung nicht berührt wird. Ziel der verstärkten Zusammenarbeit soll aber sein, möglichst viel gemeinsam und nur das getrennt zu tun, was die Selbständigkeit der Kirche und die Konfessionshoheit betrifft.

Robert Colditz, Kurator von Wien-Süd und Vorstandsmitglied bei Oikocredit stellte das Modell dieser alternativen Form der Geldanlage vor bzw. rief es in Erinnerung und ermutigte die Synodalen, Mitglieder bei Oikocredit zu werden bzw. für die Mitgliedschaft in den eigenen Gemeinden zu werben.

Generalsynode in Grazer Messehalle

Anders als die Synode H.B. fand die Generalsynode in Präsenz statt und zwar in der Grazer Messehalle unter allen Corona-Auflagen, mit viel Platz und großen Abständen, wo sich alle sicher fühlen konnten.

Die administrative Integration stand auch dort auf der Tagesordnung. Beide Kirchen müssen ja diesen Weg gemeinsam beschreiten, wenn er erfolgreich sein soll.

Karl Schiefermair, Oberkirchenrat für Bildung, präsentierte eine Broschüre der Diakonie zur Benutzung von Sprache in diakonischen Bereichen.

Nächste Synode H.B. Anfang Dezember

Die nächste Synode H.B. ist schon in Planung. Sie soll, wenn es die Pandemielage zulässt, in Dornbirn am Samstag, den 4. Dezember stattfinden, hoffentlich in Präsenz, mit Gottesdienst und gemeinsamem Essen und Trinken. Auch dort werden die weiteren Schritte auf dem Weg zu einer verstärkten administrativen Integration der Kirchen im Mittelpunkt stehen. Überfällige Nachwahlen müssen stattfinden. Die beiden Online-Sitzungen dienten ja nur dem Austausch. Beschlüsse konnten keine gefasst werden. Das soll Anfang Dezember nachgeholt werden.

Red.

Veranstaltungen Herbst 2021 / 1. Teil

WIEN – INNERE STADT

So, 12.09., 10:00

Saisoneröffnung

Gottesdienst und Kindergottesdienst anschließend gemeinsames Essen in Hof und Gemeindesaal

Fr, 1. – So, 3.10.

GEMEINDEFAHRT

„Die evangelische Welt des Grenzlandes"

Bad Radkersburg

Informationen und Anmeldung bei unserer Gemeindepädagogin Elisabeth Lillich-Unger unter Tel.Nr. 0699/18877067 oder E-Mail: elisabeth@reformiertestadtkirche.at

WIEN – WEST

Do, 07.10. 19:30

DIE PRÄSIDENTINNEN von Werner Schwab

Wr. Vorstadttheater – integratives Theater Österreich

Fr, 15.10. 15:30

RUCKSACKLESUNG mit teatro caprile GARGELLEN grüßt WIEN

WIEN – WEST

Sa, 02.10. 9:00-17:00

Großer Herbst-Flohmarkt

Fr, 20.11. 9:00-13:00

Raritäten-Flohmarkt

So, 31.10. 9:05

ReformationsGD

aus der Auferstehungskirche in Wien-Neubau

Übertragung in Ö1 und Livestream

Predigt: LSI Pfarrer Thomas Hennefeld

WIEN – SÜD

Mi, 6.10., 19:00

Impressionen von der Westküste der USA

Ein Reisebericht von Franz Streiter über den Südwesten der USA. Von San Francisco über Las Vegas zum Grand Canyon.

BREGENZ

So, 26.09. 17:00

Interreligiöses Gebet

Achsiedlung/Fußballplatz, Bregenz

Di, 09.11. 19:30

Ökumenische Gespräche

Hat das Sterben noch Platz in unserer Gesellschaft (Otto Gehmacher)

DORNBIRN/BREGENZ/FELDKIRCH

Sa, 04.09., 11:00 - 15:00

Ökumenischer Tag der Schöpfung mit Lindau (ab 14 Jahre)

Treffen mit Jugendlichen anderer Pfarrgemeinden, Fahrt mit dem Zug von Feldkirch nach Bregenz und zurück

Anmeldung: info@evang-feldkirch.at oder bei Helene Gädeke

Sa, 13.11. 18:00

Bachkantaten in Vorarlberg

Di, 16.11. 19:30

Ökumenische Gespräche

Leben und Sterben (Barbara Knittel)

23.11. 19:30

Ökumenische Gespräche

Die Leidfrage aus der Sicht der Bibel (Elmar Simma)

Die reformierte Kirchengemeinde Oberwart nimmt Abschied von Edith Gyenge

Die Gemeinde nahm am Sonntag, den 4. Juli Abschied von Edith Gyenge, geb. Somogyi, Witwe von Landessuperintendent Emmerich Gyenge, die in ihrem 98. Lebensjahr zum Schöpfer gerufen wurde.

Edith Gyenge, geborene Somogyi, ist vor fast 98 Jahren als drittes Kind des reformierten Pfarrers des Städtchens Szentgál, im Komitat Veszprém, in Ungarn zur Welt gekommen.
Ihr bewegter Lebenslauf könnte den Stoff für einen großen Roman liefern und ist mit dem Leben ihres Ehemannes, Dr. Imre Gyenge verknüpft, dem ehemaligen Pfarrer der zweisprachigen reformierten Pfarrgemeinde Oberwart im Burgenland.
„Frau Pfarrer Gyenge“ hat ihren Mann, der damals als junger Vikar in Szentgál wirkte, nach dem Krieg geheiratet. „Uns hat anfangs kaum einer Zukunftschancen gegeben“ – erzählte sie, „Und trotzdem wurde eine so gute Ehe daraus, dass wir gemeinsam fähig waren, die halbe Welt auf den Kopf zu stellen.“

Eine starke Frau

Als ihr Mann Imre Gyenge zum Landessuperintendenten der Reformierten Kirche Österreichs gewählt wurde, widmete sich seine Frau sehr intensiv der Gemeindearbeit. Über diese Zeit erzählte sie: „Von der Ausarbeitung der Predigten angefangen haben wir alle Vorbereitungen und Ideen gemeinsam besprochen. Die Kanzleiarbeit der Pfarrgemeinde habe ich verrichtet, das historische Archiv der Gemeinde erforscht, die Geschichte der Gemeinde systematisch aufgearbeitet, Quellenarbeit zur Dissertation meines Mannes geleistet, und auch Vorträge habe ich gehalten. Die zahllosen Gäste der Gemeinde haben wir immer selbst bewirtet. All diese Arbeit war eine gute Möglichkeit der Seelsorge. Die Liebe, mit der ich der Gemeinde begegnet bin, bekomme ich hundertfach zurück, die Menschen begegnen mir sehr liebevoll. Mein neunzigster Geburtstag wurde zu einem wahren Volksfest.“
Frau Edith Gyenge hat neben dem Dienst für die Gemeinde ebenso an der Organisation und Abwicklung der kirchenhistorisch bedeutenden „Oberwart Konferenzen“ teilgenommen. Ihre beiden Kinder sind auch heute noch in der reformierten Kirche aktiv.

„Es ist mein Bestreben, das Verständnis zwischen Völkern, Sprachgruppen und Konfessionen zu fördern.“

Zeitzeugin

Als „Zeitzeugin“ verfügte Edith Gyenge über ausgezeichnetes historisches und kulturhistorisches Wissen und einen breiten internationalen Horizont. Sie unterstützte Forscher und stand Vertretern der österreichischen und der ungarischen Medien immer wieder Rede und Antwort. „Es ist mein Bestreben, das Verständnis zwischen Völkern, Sprachgruppen und Konfessionen zu fördern. Die Stellung einer Pfarrfrau fasse ich als Berufung auf, der zu entsprechen menschliche Voraussetzungen, ungeheure Hingabe und ehrliche Liebe erforderlich sind“, sagte sie über ihre große Lebensaufgabe.

Alma Mater

Im Trauergottesdienst in der reformierten Kirche in Oberwart predigten Bischof József Steinbach und Landessuperintendent Thomas Hennefeld die Worte des Trostes auf Ungarisch und Deutsch. Außerdem wirkten die Stadtkapelle Oberwart und der Chor des reformierten Lesevereins mit. Zahlreiche Trauernde erschienen, um Frau Pfarrer Edith Gyenge die letzte Ehre zu erweisen und sie zu ihrer letzten Ruhestätte auf dem reformierten Friedhof zu geleiten. Dort bezeichnete der ehemalige Kurator der Gemeinde, Werner Gangoly, in seinen Abschiedsworten Frau Edith Gyenge als *alma mater ecclesia reformata oberwartiensis* – liebevolle Mutter der reformierten Pfarrgemeinde.
Wir erinnern an ihre Person und die unermüdlichen Dienste, welche sie für die Pfarrgemeinde, die gesamte reformierte Kirche und die eine Kirche Jesu Christi ausgeübt hat.

EVA GANGOLY

Bücher Bücher

Thomas Schlag und Jasmine Suhner, Interreligiöses Lernen im öffentlichen Bildungskontext Schule. Eine theologisch-religionspädagogische Annäherung. Theologische Studien. Neue Folge. Bd. 13. Zürich: Theologischer Verlag 2018, 99 S., Euro 19,90

„Theologie wird… in dieser doppelten Perspektive einer einerseits akademischen und andererseits einer alltäglich verorteten individuellen Reflexions- und Kommunikationspraxis verstanden.“ Thomas Schlag und Jasmine Suhner gehen in ihrem konzisen Bändchen der Frage nach, welche Funktion der religiösen Bildung im Kontext der öffentlichen Schule beigemessen werden kann. Sie entfalten ihre Überlegungen, die am Ende in praktischen Vorschlägen münden, entlang einer gesellschaftspolitischen geforderten Pluralität, die die subjektiven Zugänge der Lernenden und Lehrenden ernstnimmt. Dabei deuten sie Theologie als „hermeneutische Kategorie“, die erlernt werden möchte, zur kritischen Reflexion befähigen und zu „existentiell bedeutsamen Diskursen“ einladen will. Zentral sind die Konzepte des Dialogs und der Begegnung: Religiöses Lernen findet am besten als interreligiöses Lernen statt, wo das „inter-“ sich in der Praxis entfaltet. Das interreligiöse Lernen transzendiert die inhaltliche Auseinandersetzung mit bestimmten religiösen und konfessionellen Inhalten, indem es die Lernenden dazu ermutigt, die eigene Sichtweise in der Begegnung mit anderen religiösen Weltzugängen zu reflektieren. Die Perspektiven, die erarbeitet werden können, sind vielfältig: affektiv, sprachlich und kognitiv, handlungsorientiert und spirituell. Dabei dürfen die Lehrenden Konflikte nicht vermeiden, sondern die Lernenden sollen „die Grenzen der Konsensfähigkeit“ benennen und begründen. Obwohl das zugrundeliegende Theologieverständnis hinterfragt werden kann, wird eine freie und respektvolle Auseinandersetzung mit den Geltungsansprüchen des anderen angestrebt. Eine aufrichtige und offene Reflexion über die eigene Überzeugung durch die multiperspektive Begegnung mit dem Fremden hätte womöglich manch eine politische Debatte erspart.

A.C. ■

Thomas Brezina, Die Bibel in Reimen. Joppy 2021 Wien. Euro 24,80

Thomas Brezina, der Wiener Tausendsassa, hat eine Bibel geschrieben. Bekannt ist Brezina als Kinder- und Jugendbuchautor der Knickerbockerbande und von Tom Turbo etwa, als Drehbuchautor, Fernsehmoderator und Produzent. Und er besitzt eine große Gabe. Er kann Geschichte erzählen, so dass sie uns zu Herzen gehen. Nach dem Motto: „Sieh die Welt als großen Garten, wo Gottes Wunder auf dich warten“, hat Brezina sich lange mit den biblischen Geschichten beschäftigt. Das merkt man. Und er hat sich viel Zeit genommen, um diese wunderschöne Kinderbibel in Reimform zu schaffen. Seine Begeisterung für das Buch der Bücher spürt man auf jeder einzelnen Seite. Nicht alle Handlungsstränge finden hier Platz aber alles ist so gestaltet, dass Lesende zu Träumenden werden. Unwillkürlich fängt man an, auch andere Geschichten in Reime zu bringen und eigene kleine Gedichte zu ersinnen. Der Argentinier Pablo Tambuscio hat die Illustrationen dazu mit viel Liebe zum Detail gestaltet. Pumuckl der schlaue Kobold würde sagen: „Ui, das reimt sich sogar, und was sich reimt, ist gut.“

H.K. ■

Veranstaltungen Herbst 2021 / 2. Teil

DORNBIRN

Sa, 11.09., Abfahrt 9:30

Gemeindeausflug nach St. Gerold und zum Frauenmuseum (Milz)
Anmeldung erforderlich

Mi, 15.09., 19:00

Vortrag – Patientenverfügung und Testament – Notar Thomas Huf
Haus der Begegnung, Saal/Foyer

Sa, 25.09., 9:00 – 17:30
und Sa, 9.10., 9:00 – 17:30

Klausur: Wie gestalten wir Gemeinde 1. und 2. Tag (Bergmeister)

Sa, 2.10., So 3.10.

Bücherflohmarkt
Sa 10:00–17:00, So 11:00–15:00
Bücher u.v.m.Abgabe Öffnungszeiten des Pfarramtes oder nach tel. Vereinbarung 0699 18877069

So, 3.10., 10:00

FamilienGD und Herbstfest (G-Team)

So, 10.10., 10:00

Goldene Konfirmationsfeier

FELDKIRCH

So, 12.09., 10:30

Gemeindefest im Anschluss an GD
Für das leibliche Wohl ist bestens gesorgt

Sa, 09.10., 14:30 – 16:30

Orgelnachmittag für Kinder
mit Organistin Gerda Poppa
Anmeldung: info@evang-feldkirch.at

Sa, 23.10., 18:00

Herbstkonzert – Gesangsensemble Slavjanka

Sa, 11.11., 15:00

St. Martin – Laternenwerkstatt
anschließend Laternenumzug ab 17:00

Kamingespräche & Anekdotencafé
finden weiterhin statt

Andacht

Warm oder kalt, aber bitte nicht lauwarm

© 3268zauber – commonswiki
Datei der Fertquelle in Baden-Baden

Aus der Quelle des liebenden Gottes dürfen wir uns stärken lassen und unsere Mission in dieser Welt wahrnehmen, in einer Welt, die sich in den letzten Monaten dramatisch verändert hat. Dabei ist die Bibel die Grundlage unseres Glaubens. Diese Botschaft ist aber keine leichte Kost. Da finden sich so verstörende Aussprüche Jesu wie: „Ich bin gekommen, ein Feuer auf die Erde zu werfen“, oder „Ich bin nicht gekommen, Frieden zu bringen, sondern das Schwert“. Das klingt nicht sehr friedfertig. Man könnte auf die Idee kommen, eine Dokumentationsstelle für Politisches Christentum einzurichten inklusive Landkarte, wo aufgezeigt wird, wer besonders politisch predigt.

Offenbarung

Einer der radikalsten und von Gewalt strotzenden Bücher der Bibel ist das Buch der Offenbarung des Johannes.
Im 3. Kapitel Vers 15 schleudert der erhöhte Christus im Sendschreiben an die Gemeinde von Laodicea den Menschen die Worte entgegen:
Ich kenne deine Werke und weiß, dass du weder kalt noch warm bist. Wärst du doch kalt oder warm! Nun aber, da du lau bist, weder warm noch kalt, will ich dich ausspeien aus meinem Munde.

Dieses seltsame Wort aus der Apokalypse ist wahrscheinlich auf dem Hintergrund der dort vorhandenen Wasserleitungen zu verstehen: Auf der einen Seite der Stadt heiße Thermalquellen im damaligen Hierapolis, auf der anderen Seite kalte Gebirgsbäche bei Kollosä. Beide wurden über Aquädukte nach Laodicea geleitet, wobei auf den langen Wegen sowohl das heiße als auch das kalte Wasser lauwarm und damit fast ungenießbar wurden.

Der Stachel im Fleisch

Die EinwohnerInnen von Laodicea besaßen weder die heiße, und damit heilende Qualität des Wassers, noch die erfrischende Qualität des kühlen Wassers. Sie waren „lauwarm“. Ihr Dasein in dieser Welt brachte ihren Mitmenschen weder Heilung noch Erfrischung.
Manche Menschen haben in den letzten Monaten beklagt, dass die Religionsgemeinschaften nicht als systemrelevant betrachtet wurden. Sollten wir nicht eher ein Stachel im Fleisch der Gesellschaft sein als systemrelevant? „Sei warm oder kalt aber nicht lau!“ Und sollten wir nicht eher unsere prophetische Stimme gegen Unrecht, Doppelmoral und Verlogenheit erheben, anstatt uns damit abzufinden.

Existenzberechtigung als „Kirche für andere“

Wir als Kirche beziehen unsere Existenzberechtigung daraus, Kirche für andere zu sein, für die Menschen in unseren Gemeinden, aber auch darüber hinaus in Solidarität mit verfolgten Christinnen und Christen, aber auch mit anderen, die verfolgt werden aufgrund ihres Glaubens oder der politischen Einstellung oder sexueller Orientierung.
Das Buch, das die Grundlage unseres Glaubens bildet, ist gespeist aus einer Radikalität der Liebe. Nichts ist sicher in unserem Leben, alles kann von einem auf den anderen Tag anders werden. Dieser Ungewissheit haben wir genau diese Radikalität der göttlichen Liebe entgegenzusetzen. Es geschieht in unseren Kirchen so viel Gutes, Heilsames und Erfrischendes für die bedrohte Schöpfung und das bedrohte Miteinander in der Gesellschaft, und besonders für die, die am Rande, im Schatten des Wohlstands stehen, auf der Flucht sind oder kein Dach über dem Kopf haben.
Seien wir beides, kalt und warm, wo es gerade am Platz ist, erfrischend und heilsam für andere.

THOMAS HENNEFELD ■

Auszug aus der Eröffnungsandacht bei der Generalsynode im Juni 2021 in Graz

Österreichische Post AG Info.Mail Entgelt bezahlt Retouren an Postfach 555, 1008 Wien
Abs.: Evang. Oberkirchenrat H.B., Dorotheergasse 16, 1010 Wien

Impressum:
Medieninhaber & Herausgeber: Evangelischer Oberkirchenrat H.B. in Wien. E-mail: kirche-hb@evang.at
www.reformiertekirche.at
Redaktion: Pfr. Mag. Harald Kluge (Chefredakteur harald.kluge@evang.at), Pfr^in Mag^a. Sonja Bredel, Pfr. Mag. Thomas Hennefeld, Mag. Dott. Angelo Comino, Leo Potyka
Verwaltung und Anzeigenannahme: Alle in 1010 Wien, Dorotheerg. 16, Tel. 01/513 65 64, Fax 01/512 44 90
Medienhersteller: Evangelischer Presseverband in Österreich, 1030 Wien.
Layout und Grafiken: Eva Geber
Bank:Schoellerbank AG, 1010 Wien, BIC: SCHOATWW
IBAN: AT95 1920 0615 1117 9004
Jahresabonnement 10 Euro. Erscheint 4 Mal im Jahr.
DVR. 0418056(005)
Medienrichtung: Ein Verkündigungs-, Informations- und Diskussionsforum der Reformierten Kirche in Österreich.
Alle namentlich gezeichneten Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder und fallen in die Verantwortung des Autors/der Autorin. Auszugsweiser Nachdruck gegen Zusendung von zwei Belegexemplaren.